Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8970**

17. Wahlperiode 09. 03. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Thilo Hoppe, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8587 –

Juristische Aufarbeitung der Gewalt und politischer Neuanfang für den Jemen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, dass seit dem Februar 2011 im Jemen politische Demonstrationen gegen die Regierung stattfinden. Das Regime des mittlerweile zurückgetretenen Präsidenten Ali Abdullah Saleh antwortete auf diese politischen Demonstrationen mit großer Härte. Alleine seit Beginn des Jahres 2012 sind nach Angaben der jemenitischen Opposition über 1 500 Menschen getötet worden, darunter auch Frauen und Kinder. Auch nach der Unterzeichnung eines durch den Golfkooperationsrat (GCC) ausgehandelten Abkommens gehen die politischen Unruhen weiter, in dessen Verlauf Zivilisten sterben. Aufgrund dieser schweren Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung Ali Abdullah Salehs wird Straffreiheit für den Präsidenten abgelehnt, stattdessen soll er laut Auffassung der antragstellenden Fraktion vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt werden. Neben den politischen Unruhen verschlechtert sich auch die humanitäre Lage im Jemen zusehends. 42 Prozent der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 50 Prozent. Die Versorgung mit Lebensmitteln und mehr noch mit Wasser ist in weiten Teilen des Landes nicht mehr garantiert. Das OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) warnt vor dem Zusammenbruch des Versorgungssystems und einer aufkommenden Gesundheitskrise.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, Ali Abdullah Saleh sowie weiteren Mitgliedern seiner Familie und anderen Unterstützern der Familie Saleh klarzumachen, dass sie dauerhaft abtreten müssen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich im UN-Sicherheitsrat verstärkt für gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Konten sowie für Reisebeschränkungen gegen Ali Abdullah Saleh und seine Unterstützer einzusetzen. Des Weiteren wird die Bundesregierung aufgefordert, das sofortige Einfrieren von in Deutschland bestehenden Konten von Ali Abdullah Saleh und seinen politischen Verbündeten durchzusetzen und darüber hinaus verstärkt auch in der EU darauf hinzuwirken, die weiteren in der EU liegenden Gelder des Regimes schnellstmöglich einzufrieren und Reisebeschränkungen auszusprechen. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, eine Nachforschung einzuleiten, um Ali Abdullah Salehs Gelder,

die nicht auf seinen Namen geführt werden, einzufrieren und eine Untersuchung der Vermögenswerte von Ali Abdullah Salehs Vertrautem Shaher Abdelhak einzuleiten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gemeinsam mit der EU im UN-Sicherheitsrat für einen Beschluss einzusetzen, dass sich Ali Abdullah Saleh und andere Verantwortliche des Regimes vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten müssen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Umstrukturierung der jemenitischen Sicherheitskräfte und der Armee einzusetzen, um die Armee und die Sicherheitskräfte zu rechtsstaatlich agierenden Trägern des Staates zu machen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, als derzeit vorsitzendes Land in der UN-Arbeitsgruppe „Kinder und bewaffnete Konflikte“ Nachforschungen in Bezug auf den Einsatz von Minderjährigen (Kindersoldaten) in der jemenitischen Armee und bewaffneten Oppositionsgruppen einzuleiten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gegenüber Saudi-Arabien darauf hinzuwirken, die Demokratiebewegung des Jemen nicht weiter zu behindern. Abschließend wird die Bundesregierung aufgefordert, hinsichtlich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Jemen innerhalb der UN die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts einzufordern und sich insbesondere gegen extralegale Tötungen durch einzelne Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/8587 abzulehnen.

Berlin, den 7. März 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Joachim Hörster
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Jan van Aken
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Joachim Hörster, Günter Gloser, Dr. Rainer Stinner, Jan van Aken und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8587** in seiner 162. Sitzung am 1. März 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, dass seit dem Februar 2011 im Jemen politische Demonstrationen gegen die Regierung stattfinden. Das Regime des mittlerweile zurückgetretenen Präsidenten Ali Abdullah Saleh antwortete auf diese politischen Demonstrationen mit großer Härte. Alleine seit Beginn des Jahres 2012 sind nach Angaben der jemenitischen Opposition über 1 500 Menschen getötet worden, darunter auch Frauen und Kinder. Auch nach der Unterzeichnung eines durch den Golfkooperationsrat (GCC) ausgehandelten Abkommens gehen die politischen Unruhen weiter, in dessen Verlauf Zivilisten sterben. Aufgrund dieser schweren Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung Ali Abdullah Salehs wird Straffreiheit für den Präsidenten abgelehnt, stattdessen soll er laut Auffassung der antragstellenden Fraktion vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt werden. Neben den politischen Unruhen verschlechtert sich auch die humanitäre Lage im Jemen zusehends. 42 Prozent der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 50 Prozent. Die Versorgung mit Lebensmitteln und mehr noch mit Wasser ist in weiten Teilen des Landes nicht mehr garantiert. Das OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) warnt vor dem Zusammenbruch des Versorgungssystems und einer aufkommenden Gesundheitskrise.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, Ali Abdullah Saleh sowie weiteren Mitgliedern seiner Familie und anderen Unterstützern der Familie Saleh klarzumachen, dass sie dauerhaft abtreten müssen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich im UN-Sicherheitsrat verstärkt für gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Konten sowie für Reisebeschränkungen gegen Ali Abdullah Saleh und seine Unterstützer einzusetzen. Des Weiteren wird die Bundesregierung aufgefordert, das sofortige Einfrieren von in Deutschland bestehenden Konten von Ali Abdullah Saleh und seinen politischen Verbündeten durchzusetzen und darüber hinaus verstärkt auch in der EU darauf hinzuwirken, die weiteren in der EU liegenden Gelder des Regimes schnellstmöglich einzufrieren und Reisebeschränkungen auszusprechen. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, eine Nachforschung einzuleiten, um Ali Abdullah Salehs Gelder, die nicht auf seinen Namen geführt werden, einzufrieren und eine Untersuchung der Vermögenswerte von Ali Abdullah Salehs Vertrautem Shaher Abdelhak einzuleiten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gemeinsam mit der EU im UN-Sicherheitsrat für einen Beschluss einzusetzen, dass sich Ali Abdullah Saleh und andere Verantwortliche des Regimes vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten müssen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Umstrukturierung der jemenitischen Sicherheitskräfte und der Armee einzusetzen, um die Armee und die Sicherheitskräfte zu rechtsstaatlich agierenden Trägern des Staates zu machen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, als derzeit vorsitzendes Land in der UN-Arbeitsgruppe „Kinder und bewaffnete Konflikte“ Nachforschungen in Bezug auf den Einsatz von Minderjährigen (Kindersoldaten) in der jemenitischen Armee und bewaffneten Oppositionsgruppen einzuleiten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gegenüber Saudi-Arabien darauf hinzuwirken, die Demokratiebewegung des Jemen nicht weiter zu behindern. Abschließend wird die Bundesregierung aufgefordert, hinsichtlich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Jemen innerhalb der UN die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts einzufordern und sich insbesondere gegen extralegale Tötungen durch einzelne Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/8587 in seiner 56. Sitzung am 7. März 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8587 in seiner 56. Sitzung am 7. März 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8587 in seiner 56. Sitzung am 7. März beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 7. März 2012

Joachim Hörster	**Günter Gloser**	**Dr. Rainer Stinner**	**Jan van Aken**	**Kerstin Müller (Köln)**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333